

Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung



An die
Mitglieder
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
der Stadtverordnetenversammlung

Kassel

Geschäftsstelle:
Büro der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Auskunft erteilt: Frau Schmidt
Tel. 05 61/7 87-12 25
Fax 05 61/7 87-21 82
E-Mail: nicole.schmidt@stadt-kassel.de

Kassel, 2. Oktober 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur 5. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung lade ich ein für

**Mittwoch, 10. Oktober 2012, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Schwimmunterricht in Kassel**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden
- 101.17.515 -
- 2. Konzept zur Förderung und Ausweitung des Schwimmunterrichts**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden
- 101.17.588 -
- 3. Lehrerstellen für ganztägig arbeitende Schulen**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden
- 101.17.516 -
- 4. Kasseler Schulen im Gütesiegel-Hochbegabungs-Programm**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden
- 101.17.517 -
- 5. Ganztagsangebote in Kassel**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Bodo Schild
- 101.17.518 -
- 6. Videoüberwachung an Kasseler Schulen**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Simon Aulepp
- 101.17.519 -
- 7. Familienhebammen**
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
- 101.17.548 -

- 8. Berufspraktikum im Rahmen der ErzieherInnenausbildung**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
- 101.17.571 -
- 9. Arbeitskreis "Trennung und Scheidung"**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Gabriele Jakat
- 101.17.598 -
- 10. Webportal Kita-Anmeldung**
Anfrage der FDP-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Frank Oberbrunner
- 101.17.603 -
- 11. Kulturführerschein für Kids**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh
- 101.17.611 -
(gleichzeitig im Ausschuss für Kultur)
- 12. Angebote für Schulen an städtischen Kulturinstituten**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh
- 101.17.612 -
- 13. Umbau der Betreuungslandschaft**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
- 101.17.621 -
- 14. Kinderkultur Kassel/kulturelle Bildung**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Dorothee Köpp
- 101.17.622 -
- 15. Beitritt der Stadt Kassel zum Verein Bündnis für Bildung**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh
- 101.17.633 -
- 16. U3-Plätze im Haushalt 2013**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh
- 101.17.634 -

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Kassel, 11. Oktober 2012

Niederschrift
über die **5. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
am Mittwoch, 10. Oktober 2012, 17:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Vorsitzende, B90/Grüne
Bodo Schild, Mitglied, CDU (Vertretung für Dr. Michael von Rüden)
Anke Bergmann, 2. stellvertretende Vorsitzende, SPD
Dr. Rabani Alekuzei, Mitglied, SPD
Doğan Aydın, Mitglied, SPD
Kaja Börner, Mitglied, SPD
Stefan Kurt Markl, Mitglied, SPD
Dirk Döhne, Mitglied, B90/Grüne
Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne
Helga Weber, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Kerstin Linne)
Marcus Leitschuh, Mitglied, CDU
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Renate Gaß, Mitglied, Kasseler Linke (Vertretung für Simon Aulepp)
Jörg-Peter Bayer, Mitglied, Piraten
Donald Strube, Mitglied, parteilos

Teilnehmer mit beratender Stimme

Oktay Belen, Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne

Schriftführung

Jutta Butterweck, Büro der Stadtverordnetenversammlung
Nicole Schmidt, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Frau Carola Metz, Kulturamt
Herr Tobias Hartung, Kulturamt
Herr Bernd Ziegler, Jugendamt
Frau Gabriele Steinbach, Schulverwaltungsamt

Tagesordnung:

- | | | |
|----|---|------------|
| 1. | Schwimmunterricht in Kassel | 101.17.515 |
| 2. | Konzept zur Förderung und Ausweitung des Schwimmunterrichts | 101.17.588 |
| 3. | Lehrerstellen für ganztägig arbeitende Schulen | 101.17.516 |
| 4. | Kasseler Schulen im Gütesiegel-Hochbegabungs-Programm | 101.17.517 |
| 5. | Ganztagsangebote in Kassel | 101.17.518 |
| 6. | Videoüberwachung an Kasseler Schulen | 101.17.519 |

7.	Familienhebammen	101.17.548
8.	Berufspraktikum im Rahmen der ErzieherInnenausbildung	101.17.571
9.	Arbeitskreis "Trennung und Scheidung"	101.17.598
10.	Webportal Kita-Anmeldung	101.17.603
11.	Kulturführerschein für Kids	101.17.611
12.	Angebote für Schulen an städtischen Kulturinstituten	101.17.612
13.	Umbau der Betreuungslandschaft	101.17.621
14.	Kinderkultur Kassel/kulturelle Bildung	101.17.622
15.	Beitritt der Stadt Kassel zum Verein Bündnis für Bildung	101.17.633
16.	U3-Plätze im Haushalt 2013	101.17.634

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann eröffnet die mit der Einladung vom 20. September 2012 ordnungsgemäß einberufene 5. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Auf Antrag von Stadtverordneten Leitschuh, CDU-Fraktion, werden die Tagesordnungspunkte

1. **Schwimmunterricht in Kassel**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.515 –
2. **Konzept zur Förderung und Ausweitung des Schwimmunterrichts**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.588 –
3. **Lehrerstellen für ganztägig arbeitende Schulen**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.516
4. **Kasseler Schulen im Gütesiegel-Hochbegabungs-Programm**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.518 –

von der Tagesordnung abgesetzt, da Stadtverordneter Dr. von Rüden, CDU-Fraktion, heute nicht anwesend ist, er jedoch als Berichterstatter für obige Punkte genannt ist. Außerdem wird der Tagesordnungspunkt

11. **Kulturführerschein für Kids**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.611 -

abgesetzt, da bei der Beratung im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung die Entscheidung des Kulturausschusses mit berücksichtigt werden soll.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Schwimmunterricht in Kassel

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.515 -

Abgesetzt

2. Konzept zur Förderung und Ausweitung des Schwimmunterrichts

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.588 -

Abgesetzt

3. Lehrerstellen für ganztägig arbeitende Schulen

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.516 -

Abgesetzt

4. Kasseler Schulen im Gütesiegel-Hochbegabungs-Programm

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.517 -

Abgesetzt

5. Ganztagsangebote in Kassel

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.518 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

An welchen Schulen in Kassel werden Ganztagsangebote in welcher Form angeboten?

Stadträtin Janz und Frau Gabriele Steinbach, Amtsleiterin Schulverwaltungsamt, erläutern die Unterschiede der verschiedenen Profile der Schulen mit Ganztagsangeboten und beantworten im Anschluss die Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach Beantwortung durch Stadträtin Janz erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

6. Videoüberwachung an Kasseler Schulen

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.519 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. An welchen Kasseler Schulen ist Videoüberwachung eingeführt oder geplant?
2. Wie will der Magistrat sicherstellen, dass ausschließlich zu Tagesrandzeiten außerhalb der Unterrichtszeiten Videoüberwachung stattfindet?
3. Wie lange sollen aufgezeichnete Daten gespeichert werden?
4. Wie wird Missbrauch der Aufnahmen vorgebeugt?
5. Was kostet Videoüberwachung an Schulen und wie stehen diese Kosten in Relation zu Schäden, die zurzeit an Schulen vorliegen?
6. Was soll mit Videoüberwachung an Kasseler Schulen erreicht werden?

Die schriftliche Antwort liegt den Mitgliedern vor.

Nach schriftlicher Beantwortung durch Stadträtin Janz erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

7. Familienhebammen

Anfrage der Fraktion B90/Grüne

- 101.17.548 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. In Kassel arbeiten freiberufliche und/oder angestellte Hebammen - in der Regel in gynäkologischen Praxen - und Familienhebammen. Welche Aufgabenbereiche werden
a) von Hebammen und
b) von Familienhebammen übernommen?
2. In Kassel haben ca. 10 Hebammen im Rahmen einer Fortbildung des Landes die Ausbildung zur Familienhebamme absolviert.
a) In welchem Umfang sind die Familienhebammen eingesetzt?
b) Bei welchem Träger werden Familienhebammen eingesetzt?
c) Übernimmt das Land die Kosten?
3. Im Projekt „Frühe Hilfen“ kann Unterstützung für Schwangere mit besonderem Hilfebedarf geleistet werden, wenn Anträge über die Erziehungshilfe gestellt werden
a) In welchem Zeitraum kommen die „frühen Hilfen“ bei den Betroffenen an?
b) Besteht ein Austausch bzw. Arbeitszusammenhang zwischen dem ASD und den Familienhebammen?
c) Ist die Betreuung, die im Rahmen des ASD bzw. vom Jugendamt geleistet wird, von jungen schwangeren Frauen mit besonderem Hilfebedarf ausreichend?
d) Gibt es eine Zielgruppe von Schwangeren mit besonderem Hilfebedarf, die nicht vom ASD betreut wird und die einen Hilfebedarf haben, der im Rahmen der obligatorischen Vorsorgeuntersuchung nicht gedeckt werden kann?

4. Welche Erfahrungen konnten mit dem Modell der Familienhebammen im Werra-Meißner-Kreis gemacht werden

Stadtverordnete Bergmann, SPD-Fraktion, erläutert die Anfrage. Stadträtin Janz beantwortet die Fragen und sagt eine schriftliche Antwort zur Niederschrift zu. Herr Bernd Ziegler, stellvertretender Amtsleiter vom Jugendamt, ergänzt den Bericht von Stadträtin Janz und erläutert die geänderten Rahmenbedingungen.

Nach Beantwortung durch Stadträtin Janz und Herrn Bernd Ziegler, stellvertretender Amtsleiter vom Jugendamt, erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes 8. übernimmt 2. stellvertretende Vorsitzende Bergmann die Sitzungsleitung.

8. Berufspraktikum im Rahmen der ErzieherInnenausbildung
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.571 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die hessische Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass das Berufspraktikum, das im Rahmen der ErzieherInnen-Ausbildung in Kooperation mit sozialpädagogischen Praxisstellen realisiert wird, in der bisherigen Länge von 12 Monaten erhalten bleibt. Das 12-monatige Berufspraktikum sichert die Qualität der Ausbildung an den Fachschulen für Sozialpädagogik und damit die Qualität in den sozial sozialpädagogischen Praxisstellen (Kita, Krippe, Hort, Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Erziehungshilfe).

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann begründet den Antrag. Außerdem weist sie daraufhin, dass das in der Begründung des Antrages mitgeteilte positive Votum des Landesjugendhilfeausschusses mit Mehrheit bei 4 Gegenstimmen beschlossen wurde.

Stadtverordnete Bergmann teilt mit, dass auch der Jugendhilfeausschuss der Stadt Kassel den Antrag positiv unterstützt.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Berufspraktikum im Rahmen der ErzieherInnenausbildung, 101.17.571, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Anke Bergmann

- 9. Arbeitskreis "Trennung und Scheidung"**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.598 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

der Magistrat wird aufgefordert
über den Arbeitskreis „Trennung und Scheidung“, im Ausschuss für Schule, Jugend und
Bildung, über neueste Entwicklungen und Erfahrungen, zu berichten.

Hat es Veränderungen bzw. Ausweitungen, bei den betroffenen Institutionen gegeben
und wie hoch ist die Anzahl der Beratungssituationen?

Stadtverordnete Bergmann begründet den gemeinsamen Antrag. Stadträtin Janz sagt eine
Stellungnahme zur Niederschrift zu.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
betr. Arbeitskreis "Trennung und Scheidung", 101.17.598, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Köpp

- 10. Webportal Kita-Anmeldung**
Anfrage der FDP-Fraktion
- 101.17.603 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Warum ist das Webportal für die Online Kita-Anmeldung trotz Ankündigung für August immer
noch nicht fertig gestellt und im Netz benutzbar?

Stadträtin Janz informiert die Ausschussmitglieder, dass das Webportal genutzt werden kann.

**Nach Beantwortung der Anfrage durch Stadträtin Janz, erklärt Vorsitzende Dr. van den
Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.**

- 11. Kulturführerschein für Kids**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.611 -

Abgesetzt

12. Angebote für Schulen an städtischen Kulturinstituten

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.612 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Inwieweit orientieren sich die Kultureinrichtungen der Stadt bei der Gestaltung ihres museumspädagogischen Angebotes auch an den Lehrplänen der Schulen sowie an den inhaltlichen und thematischen Vorgaben des Landes und wenn ja, wie erfolgt diese Abstimmung?
2. Wie wird für den Besuch der Kultureinrichtungen der Stadt in den Schulen bzw. für Schulen und Schüler geworben (z.B. im Internet, durch Plakate für die Schulen, Informationsveranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer bzw. die Schulleitung)?

Stadtverordneter Leitschuh, CDU-Fraktion, begründet die Anfrage. Stadträtin Janz berichtet und sagt schriftliche Unterlagen zur Niederschrift zu. Die sich anschließenden weiteren Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Nach Beantwortung durch Stadträtin Janz und Frau Carola Metz, stellvertretende Amtsleiterin des Kulturamtes, erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

13. Umbau der Betreuungslandschaft

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

- 101.17.621 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, beim Umbau der Betreuungslandschaft die Betreuung der Grundschulkinder sukzessive von den Kindertagesstätten in die Grundschulen zu verlagern. In einer Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, um in Form von Ganztagsgrundschulen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicher zu stellen.

Stadtverordnete Bergmann, SPD-Fraktion begründet den Antrag. Die Fragen der Mitglieder werden durch Stadträtin Janz und Frau Gabriele Steinbach, Amtsleiterin Schulverwaltungsamt beantwortet.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Umbau der Betreuungslandschaft, 101.17.621, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Schwalm

14. **Kinderkultur Kassel/kulturelle Bildung**

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.622 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, über die aktuelle Aktivitäten und Planungen im Bereich der Kinderkultur/kulturellen Bildung unter der Berücksichtigung der Zusammenarbeit mit Kasseler Schulen und Jugendeinrichtungen zu berichten.

Stadtverordnete Köpp, Fraktion B90/Grüne, begründet den Antrag.

Die Fraktionen der SPD und B90/Grüne ändern auf Vorschlag der Stadtverordneten Fürsch, Fraktion B90/Grüne, ihren gemeinsamen Antrag wie folgt ab:

➤ **Geänderter gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, über die aktuelle Aktivitäten und Planungen im Bereich der Kinderkultur/kulturellen Bildung unter der Berücksichtigung der Zusammenarbeit mit Kasseler Schulen und Jugendeinrichtungen **in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung und des Ausschusses für Kultur** zu berichten.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Kinderkultur Kassel/kulturelle Bildung, 101.17.622, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Gaß

15. **Beitritt der Stadt Kassel zum Verein Bündnis für Bildung**

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.633 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, einen Beitritt der Stadt Kassel zum Verein „Bündnis für Bildung e. V.“ (BfB) zu prüfen und den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung über das Prüfungsergebnis noch in diesem Schuljahr zu informieren. Verbunden damit ist eine Vorstellung der Nützlichkeit für die Stadt Kassel als Bildungsträger.

Stadtverordneter Leitschuh, CDU-Fraktion, begründet den Antrag. Die aufkommenden Fragen werden von Stadträtin Janz beantwortet.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der CDU-Fraktion betr. Beitritt der Stadt Kassel zum Verein Bündnis für Bildung, 101.17.633, wird **zugestimmt**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Bayer

16. U3-Plätze im Haushalt 2013

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.634 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viel Euro werden im kommenden Haushaltsjahr lt. vorgelegtem Entwurf neu für U3-Plätze zur Verfügung gestellt (aufgeteilt nach Zuschüssen für freie Träger und städtische Einrichtungen)?
2. Können mit diesem Geld alle für das kommende Haushaltsjahr geplanten Neueinrichtungen/Umwandlungen von U3-Plätzen in städtischen Einrichtungen, z.B. die in der Antwort auf Anfrage 101.17.430 im Forstfeld vorgesehenen zwei Gruppen, realisiert werden oder werden bereits zugesagte Projekte der Stadt nicht mehr möglich?
3. Kann mit diesem Geld der Rechtsanspruch erfüllt werden?
4. Wenn nicht, wie viel Geld wäre dafür erforderlich und warum wurde es nicht in den Haushalt eingestellt?

Stadtverordneter Leitschuh, CDU-Fraktion, erläutert die Anfrage. Stadträtin Janz berichtet und sagt schriftliche Unterlagen für die Niederschrift zu.

Nach Beantwortung durch Stadträtin Janz erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Nicole Schmidt
Schriftführerin

Vorlage Nr. 101.17.515

Schwimmunterricht in Kassel

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. In welchen Bädern findet im Schuljahr 2012/2013 Schwimmunterricht der Schulen statt?
2. Wie viele Stunden Schwimmunterricht der Kasseler Schulen können nicht erteilt werden, weil keine Kapazitäten vorhanden sind?
3. Welche Schulen lassen den Schwimmunterricht ganz ausfallen und bieten andere Sportarten an, obwohl sie gern Schwimmunterricht erteilen würden?
4. Was hat der Magistrat in den letzten beiden Jahren (vgl. Anfrage vom 10.05.2010) unternommen, um die Angebote für den Schwimmunterricht zu verbessern?
5. Wieviel Prozent der Viertklässler in Kassel können schwimmen?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rügen

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.588

Konzept zur Förderung und Ausweitung des Schwimmunterrichts

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, im Benehmen mit dem Staatlichen Schulamt für den Landkreis und die Stadt Kassel ein Konzept zur Förderung und Ausweitung des Schwimmunterrichts an den Kasseler Schulen zu entwickeln und vorzulegen. Auf der Grundlage dieses Konzepts soll die Zahl der Nichtschwimmerinnen und Nichtschwimmer unter den Schülerinnen und Schülern erheblich verringert werden.

Das Konzept sollte zur Lösung folgender Fragen beitragen:

- Wie können die organisatorischen Probleme bei der An-/Abfahrt zu/von den Schwimmhallen und der damit verbundene Zeitverlust minimiert werden?
- In welchem Maße können die städtischen Freibäder in die Unterrichtsbedarfsplanung einbezogen werden?
- Wie kann die Zusammenarbeit mit den Sportvereinen verbessert werden mit dem Ziel, mehr Schulkindern das Schwimmen beizubringen?
- Wie kann die Zahl der Lehrkräfte mit der Berechtigung zur Erteilung von Schwimmunterricht erhöht werden?

Begründung:

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.516

Lehrerstellen für ganztägig arbeitende Schulen

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele zusätzliche Lehrerstellen für ganztägig arbeitende Schulen werden dem Schulträger im Schuljahr 2013/2014 zur Verfügung gestellt?
2. Welche Schule(n) wird der Schulträger im Schuljahr 2013/2014 für die Aufnahme in das Landesprogramm zum Ausbau der Ganztagsangebote im Rahmen der unter 1. genannten Ressourcen empfehlen?
3. Wie wird eine angemessene Verteilung in der Fläche der Gebietskörperschaft des Schulträgers gewährleistet und eine Kollision mit § 144 a HSchG vermieden?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.517

Kasseler Schulen im Gütesiegel-Hochbegabungs-Programm

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Kasseler Schulen arbeiten derzeit im Gütesiegel-Hochbegabungs-Programm des Kultusministeriums mit?
2. Lässt sich an Beispielen verdeutlichen, welche konkreten, auf die jeweiligen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler abgestimmten Fördermaßnahmen es an diesen Schulen gibt?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.518

Ganztagsangebote in Kassel

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

An welchen Schulen in Kassel werden Ganztagsangebote in welcher Form angeboten?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Bodo Schild

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.519

Videoüberwachung an Kasseler Schulen

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. An welchen Kasseler Schulen ist Videoüberwachung eingeführt oder geplant?
2. Wie will der Magistrat sicherstellen, dass ausschließlich zu Tagesrandzeiten außerhalb der Unterrichtszeiten Videoüberwachung stattfindet?
3. Wie lange sollen aufgezeichnete Daten gespeichert werden?
4. Wie wird Missbrauch der Aufnahmen vorgebeugt?
5. Was kostet Videoüberwachung an Schulen und wie stehen diese Kosten in Relation zu Schäden, die zurzeit an Schulen vorliegen?
6. Was soll mit Videoüberwachung an Kasseler Schulen erreicht werden?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Simon Aulepp

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender



Vorlage Nr. 101.17.548

Familienhebammen

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. In Kassel arbeiten freiberufliche und/oder angestellte Hebammen - in der Regel in gynäkologischen Praxen - und Familienhebammen. Welche Aufgabenbereiche werden
 - a) von Hebammen und
 - b) von Familienhebammen übernommen?
2. In Kassel haben ca. 10 Hebammen im Rahmen einer Fortbildung des Landes die Ausbildung zur Familienhebamme absolviert.
 - a) In welchem Umfang sind die Familienhebammen eingesetzt?
 - b) Bei welchem Träger werden Familienhebammen eingesetzt?
 - c) Übernimmt das Land die Kosten?
3. Im Projekt „Frühe Hilfen“ kann Unterstützung für Schwangere mit besonderem Hilfebedarf geleistet werden, wenn Anträge über die Erziehungshilfe gestellt werden
 - a) In welchem Zeitraum kommen die „frühen Hilfen“ bei den Betroffenen an?
 - b) Besteht ein Austausch bzw. Arbeitszusammenhang zwischen dem ASD und den Familienhebammen?
 - c) Ist die Betreuung, die im Rahmen des ASD bzw. vom Jugendamt geleistet wird, von jungen schwangeren Frauen mit besonderem Hilfebedarf ausreichend?
 - d) Gibt es eine Zielgruppe von Schwangeren mit besonderem Hilfebedarf, die nicht vom ASD betreut wird und die einen Hilfebedarf haben, der im Rahmen der obligatorischen Vorsorgeuntersuchung nicht gedeckt werden kann?
4. Welche Erfahrungen konnten mit dem Modell der Familienhebammen im Werra-Meißner-Kreis gemacht werden

Fragesteller/-in:

Stadtverordnete Dr. Martina van den Hövel-Hanemann

gez. Gernot Rönz

Fraktionsvorsitzender

Betreff: Anfrage zu Familienhebammen (Vorlage-Nr. 101.17. 548)

Zu Frage 1)

Nach unseren Informationen arbeiten Familienhebammen zunächst erst einmal im „normalen Arbeitsbereich“ für Hebammen. – Was die Erweiterung der originären Hebammentätigkeit anbelangt, führt der Landesverband der Hebammen NRW hierzu aus:

„Die Tätigkeiten der Familienhebamme gehen über den in der Hebammen-Vergütungsvereinbarung festgelegten Rahmen hinaus und unterscheiden sich signifikant im Hinblick auf Auftrag, Frequenz, Setting, Betreuungszeitraum und -dauer sowie Inhalte der Arbeit.

Die Arbeit der Familienhebamme kann somit als ein zeitlich und fachlich erweitertes Tätigkeitsspektrum der originären Hebammentätigkeit betrachtet werden, für die es eine zusätzliche Qualifizierung bedarf.

Schwerpunkte der Arbeit

- Förderung und Beobachtung der Entwicklung der Mutter-Kind-Beziehung
- Beobachtung der körperlichen, und emotionalen Entwicklung des Kindes
- Anleitung zu altersentsprechender Ernährung, Pflege und Förderung
- Beratung zu altersentsprechender und kindgerechter Ernährung nach der Stillzeit
- Beratung in allen Lebenslagen rund um die Geburt bis zum ersten Geburtstages eines Kindes
- Motivation von Mutter , Vater und Kind in schwierigen Lebensumständen durch Hilfe zur Selbsthilfe
- Unterstützung, Beratung und Begleitung von Eltern mit eingeschränkter Fähigkeit zur Alltagsbewältigung
- Begleitung zu Ärzten und Behörden
- Netzwerk und Kooperationsarbeit zur Schließung von Versorgungslücken
- Integration der Familie in bestehende Gruppenangebote
- Überleitung in weitere Hilfen
- Interkultureller Kompetenz
- Diversity, kultursensible Begleitung“

Zu Frage 2)

Das Jugendamt setzt Familienhebammen im Rahmen der Erziehungshilfen (Entgelt- und Leistungsvereinbarung) durch das Diakonische Werk und das Heilhaus ein.

Zum Umfang:

Jahresbezogen haben wir seit 2009 15 - 20 Familien, in denen Familienhebammen eingesetzt (Kindesalter bis zu einem Jahr)werden (konkret 2011 22 Familien mit einem Gesamtstundenumfang von 200 Stunden).

Die Mittel kommen aus dem Bereich der Erziehungshilfe, sind also kommunal finanziert.

Über das Land Hessen werden (rückwirkend ab 1.07.2012) Finanzmittel des Bundes („Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“) weitergeleitet. Die damit verbundenen Umsetzungsfragen werden z. Zt. zwischen dem HSM und den KSV geregelt.

Zu Frage 3)

a)Zeitraum Geburt bis 12. Lebensmonat

b)Der Arbeitszusammenhang zum ASD ist durch das Erziehungshilfeverfahren gewährleistet

c) Wir sind mit unseren Ressourcen bzw. mit dem was wir mit dem DW vereinbart haben, nicht an der Grenze des Möglichen angelangt. Bei dem flexiblen Hilfeinsatz kann der zeitliche Umfang nach Lage des Einzelfalles festgelegt werden.

d) Allenfalls die jungen Frauen, die nicht bereit sind einen Antrag auf EH zu stellen, also fehlende Mitwirkungsbereitschaft.

Zu Frage 4)

Der Werra-Meißner-Kreis verfolgt in Bezug auf den Einsatz von Familienhebammen einen anderen Ansatz (unabhängig von HzE, niederschwellig, Selbstmelder); aus seiner Sicht hat er seit 2008 hiermit gute Erfahrungen gesammelt.

Mit der Einbeziehung der Familienhebammen in den gesetzlichen Leistungskatalog und durch die finanzielle Förderung des Bundes wird es dazu kommen, dass die (nord-)hessischen Jugendämter hierzu in einen Erfahrungsaustausch treten.

Jugendamt
Allgemeine Soziale Dienste
- 513 -

Auskunft erteilt: Herr Dr. von Soest
Zimmer: 208
Telefon: 0561 787-5300
Datum: 19. September 2012

An

- V - über - 51 - *AJ*

Vorlage 101.17 598 - Antrag Arbeitskreis "Trennung und Scheidung"

Unter Federführung des Amtsgerichtes Kassel finden mindestens einmal jährlich Treffen mit den Jugendämtern des Landkreises und der Stadt Kassel statt. Die Reform des FGG im Juni 2008 und die Einführung des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) zum 1. September 2009 machten Absprachen zwischen dem Familiengericht und den Jugendämtern notwendig.

Dies betraf insbesondere folgende Bereiche:

§ 155 Vorrang und Beschleunigungsgebot bei Kindschaftssachen (Aufenthalt, Umgangsrecht oder Herausgabe des Kindes) in Monatsfrist.

§ 156 Hinwirken auf Einvernehmen in Kindschaftssachen, die die elterliche Sorge, den Aufenthalt des Kindes, das Umgangsrecht oder die Herausgabe des Kindes betrafen.

§ 157 Erörterung der Kindeswohlgefährdung.

Besonders das Beschleunigungsgebot erforderte organisatorische Absprachen zwischen den Jugendämtern und dem Familiengericht. U. a. wurden Mitteilungen und Termine über Fax an die Jugendämter geschickt, um das Beschleunigungsgebot umsetzen zu können. Vereinbart wurde eine Testphase vor in Kraft treten des Gesetzes, um mögliche Schwachpunkte herauszufinden und abzustellen.

Einbezogen wurden auch die Erziehungsberatungsstellen und die Initiative begleiteter Umgang. Ein Treffen des Familiengerichtes mit den Jugendämtern und den Beratungsstellen fand ebenfalls statt, um diese organisatorisch einzubinden.

Von den Fachkräften der Allgemeinen Soziale Dienste werden Beratungsangebote in Trennungssituationen und bei Scheidungen und im Sinne des § 156 FamFG vorgehalten. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden nehmen zur Zeit sieben Mitarbeiterinnen an einer Ausbildung in systemischer Beratung teil, weitere sieben Fachkräfte werden im Jahr 2013 mit einer Ausbildung beginnen.

Unabhängig von den Beratungsangeboten des Jugendamtes besteht für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit die Beratungsangebote der Beratungsstellen in Anspruch zu nehmen. Das Jugendamt weist sie im Rahmen des Scheidungsverfahrens auf diese Beratungsmöglichkeiten durch einen Flyers hin.

Vorlage Nr. 101.17.571

Berufspraktikum im Rahmen der ErzieherInnenausbildung

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die hessische Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass das Berufspraktikum, das im Rahmen der ErzieherInnen-Ausbildung in Kooperation mit sozialpädagogischen Praxisstellen realisiert wird, in der bisherigen Länge von 12 Monaten erhalten bleibt. Das 12-monatigen Berufspraktikum sichert die Qualität der Ausbildung an den Fachschulen für Sozialpädagogik und damit die Qualität in den sozial sozialpädagogischen Praxisstellen (Kita, Krippe, Hort, Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Erziehungshilfe).

Begründung:

Die derzeitigen Bestrebungen des Landes Hessen, die Ausbildung an den Fachschulen für Sozialpädagogik zu verkürzen, ziehen vor allem zwei Möglichkeiten in Betracht. Zum einen wird darüber nachgedacht, die Zugangsmöglichkeiten an die Fachschulen für Sozialpädagogik so zu überarbeiten, dass eine insgesamt verkürzte Ausbildungszeit bis zur staatlichen Anerkennung möglich wird. Zum anderen wird überlegt, die fachpraktische Ausbildung im dritten Ausbildungsabschnitt von 12 Monaten auf 6 Monate zu verkürzen. Hintergründe dieser Verkürzungsbestrebungen liegen u.a. in dem hohen Fachkräftebedarf des Landes in den unterschiedlichen sozialpädagogischen Arbeitsfeldern.

Unabhängig von den nachfolgend genannten inhaltlichen Gründen, die gegen eine Verkürzung des Berufspraktikums sprechen, bewirkt eine Verkürzung rein rechnerisch keine Erhöhung der Abgängerzahlen aus den Fachschulen für Sozialpädagogik. Die eigentlichen Ziele einer Verkürzung würden also nicht erreicht, dafür aber die inhaltliche Qualität der Ausbildung massiv verschlechtert.

In einer fachlich fundierten Stellungnahme fordern 25 Fachschulen für Sozialpädagogik in Hessen den Erhalt des 12-monatigen Berufspraktikums. Sie treten vehement gegen eine Verkürzung des Berufspraktikums auf 6 Monate ein. Hierfür werden folgende inhaltliche Argumente genannt:

Die angedachte Verkürzung des Berufspraktikums

- verhindert angemessene Antworten auf die gestiegenen Qualitätsanforderungen in den sozialpädagogischen Arbeitsfeldern
- reduziert die Theorie-Praxis-Verzählung im Berufspraktikum

- vermindert den notwendigen Professionalisierungsgrad der Studierenden
- verringert Ausbildungsanteile der sozialpädagogischen Praxis
- verkennt bereits bestehende Möglichkeiten des Quereinstiegs und der Gewinnung von potentiellen Bewerberkreisen
- bewirkt – entgegen den proklamierten politischen Zielen – eine Infragestellung der Anschlussfähigkeit der Ausbildung

Gegen eine Verschlechterung der Kinderbetreuung in Hessen haben inzwischen zahlreiche Institutionen und Einzelpersonen Stellung bezogen:

- Landesjugendhilfeausschuss: Resolution gegen die Verkürzung der Erzieherausbildung (einstimmig bei 4 Gegenstimmen)
- Zahlreiche Beiräte der Fachschulen für Sozialpädagogik, u.a. der Beirat der Elisabeth-Knipping-Schule Kassel: Resolution gegen die Verkürzung der Erzieherausbildung
- GEW: Gegen Dequalifizierungstendenzen in der Erzieherinnenausbildung
- Verdi: Gegen Kompensation des hohen Fachkräftebedarfs auf Kosten der Ausbildungsqualität

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Dr. Martina van den Hövel-Hanemann

Anke Bergmann
Stellv. Fraktionsvorsitzende SPD

Gernot Rönz
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne

Vorlage Nr. 101.17.598

Arbeitskreis "Trennung und Scheidung"

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

der Magistrat wird aufgefordert
über den Arbeitskreis „Trennung und Scheidung“, im Ausschuss für Schule, Jugend und
Bildung, über neueste Entwicklungen und Erfahrungen, zu berichten.

Hat es Veränderungen bzw. Ausweitungen, bei den betroffenen Institutionen gegeben
und wie hoch ist die Anzahl der Beratungssituationen?

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Gabriele Jakat

Uwe Frankenberger MdL
Fraktionsvorsitzender SPD

Gernot Rönz
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne

Jugendamt
Allgemeine Soziale Dienste
- 513 -

Auskunft erteilt: Herr Dr. von Soest
Zimmer: 208
Telefon: 0561 787-5300
Datum: 19. September 2012

An

- V - über - 51 - *AJ*

Vorlage 101.17 598 - Antrag Arbeitskreis "Trennung und Scheidung"

Unter Federführung des Amtsgerichtes Kassel finden mindestens einmal jährlich Treffen mit den Jugendämtern des Landkreises und der Stadt Kassel statt. Die Reform des FGG im Juni 2008 und die Einführung des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) zum 1. September 2009 machten Absprachen zwischen dem Familiengericht und den Jugendämtern notwendig.

Dies betraf insbesondere folgende Bereiche:

§ 155 Vorrang und Beschleunigungsgebot bei Kindschaftssachen (Aufenthalt, Umgangsrecht oder Herausgabe des Kindes) in Monatsfrist.

§ 156 Hinwirken auf Einvernehmen in Kindschaftssachen, die die elterliche Sorge, den Aufenthalt des Kindes, das Umgangsrecht oder die Herausgabe des Kindes betreffen.

§ 157 Erörterung der Kindeswohlgefährdung.

Besonders das Beschleunigungsgebot erforderte organisatorische Absprachen zwischen den Jugendämtern und dem Familiengericht. U. a. wurden Mitteilungen und Termine über Fax an die Jugendämter geschickt, um das Beschleunigungsgebot umsetzen zu können. Vereinbart wurde eine Testphase vor Inkrafttreten des Gesetzes, um mögliche Schwachpunkte herauszufinden und abzustellen.

Einbezogen wurden auch die Erziehungsberatungsstellen und die Initiative begleiteter Umgang. Ein Treffen des Familiengerichtes mit den Jugendämtern und den Beratungsstellen fand ebenfalls statt, um diese organisatorisch einzubinden.

Von den Fachkräften der Allgemeinen Sozialen Dienste werden Beratungsangebote in Trennungssituationen und bei Scheidungen und im Sinne des § 156 FamFG vorgehalten. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden nehmen zur Zeit sieben Mitarbeiterinnen an einer Ausbildung in systemischer Beratung teil, weitere sieben Fachkräfte werden im Jahr 2013 mit einer Ausbildung beginnen.

Unabhängig von den Beratungsangeboten des Jugendamtes besteht für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit die Beratungsangebote der Beratungsstellen in Anspruch zu nehmen. Das Jugendamt weist sie im Rahmen des Scheidungsverfahrens auf diese Beratungsmöglichkeiten durch einen Flyers hin.

Zwischenzeitlich ist der Umgang mit dem FamFG bei Trennung und Scheidung Routine geworden, dass Gesetz ist in die Praxis umgesetzt worden und hat sich bewährt.

Auch zukünftig werden regelmäßige Treffen unter Federführung der Amtsgerichte, Familiengericht durchgeführt, um organisatorische und inhaltliche Fragestellungen zu Kindschaftssachen zu erörtern.

Die Fallzahlentwicklung im Bereich Trennung und Scheidung für die Jahre 2010, 2011 bis einschließlich Juli 2012 verlief wie folgt:

Statistik der Eingänge	2010	2011	2012
	Gesamt	Gesamt	einschl. 07/12 Gesamt
Elterl. Sorge neu § 50 SGB VIII (strittig)	348	351	262
Umgangsrechtsregelung	25	10	5
Elterl. Sorge neu § 17 (Beratung)	194	173	133
Berichtsanhörung OLG (hochstrittig)	26	28	18
Gewaltschutz FamFG	11	11	4
	604	573	422

Auf Grund der bisherigen Entwicklung im Jahre 2012 ist von einer enormen Fallzahlsteigerung in allen Bereichen der Kindschaftssachen auszugehen.

Mit freundlichem Gruß

George von Soest



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung



Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 3310
Telefax 0561 787 3312
E-Mail info@fdp-fraktion-kassel.de
Kassel, 10. September 2012

Vorlage Nr. 101.17.603

Webportal Kita-Anmeldung

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

Warum ist das Webportal für die Online Kita-Anmeldung trotz Ankündigung für August immer noch nicht fertig gestellt und im Netz benutzbar?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Frank Oberbrunner

gez. Frank Oberbrunner
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.611

Kulturführerschein für Kids

Antrag

**zur Überweisung in den Ausschuss für Kultur und in den Ausschuss für
Schule, Jugend und Bildung**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein Konzept für einen „Kulturführerschein für Kids“ zu erarbeiten und den Ausschüssen für Kultur sowie Schule, Jugend und Bildung bis zu den Osterferien vorzulegen. Der Start des Projektes könnte als Pilot an ausgewählten Schulen im Schuljahr 2013/14 beginnen und bei Erfolg später auf alle Schulen ausgeweitet werden. Dieses Konzept soll darstellen, wie es möglich ist, den „Kulturführerschein für Kids“ und die Einbeziehung von ehrenamtlichen „Kulturscouts“ auch auf Kasseler Schulen zu übertragen.

Begründung:

Nach einer zweijährigen Pilotphase ist das mehrfach ausgezeichnete Projekt „Kulturführerschein für Kids“ an der Grundschule Südallee in Urdenbach im Sommer 2007 fest ins Programm der Schule etabliert worden. Dadurch werden allen Schülerinnen und Schülern nach einem festen Plan die Kulturreinrichtungen der Stadt präsentiert und erlebbar gemacht. Dadurch bekommen alle Kinder der Grundschule die Gelegenheit zur Begegnung mit Kunst und Kultur unter Anleitung und Begleitung von „Kulturscouts“, ihren Lehrern und den Fachkräften der Institute. Ziel ist es, die Schülerinnen und Schüler durch dieses Angebot der kulturellen Bildung zu einer eigenständigen Begegnung mit Kunst und Kultur zu ermuntern, ihre Persönlichkeit zu stärken sowie ihre Seh- und Hörgewohnheiten zu sensibilisieren. Der „Kulturführerschein“ ist für die teilnehmenden Jungen und Mädchen kostenlos.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.612

Angebote für Schulen an städtischen Kulturinstituten

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Inwieweit orientieren sich die Kultureinrichtungen der Stadt bei der Gestaltung ihres museumspädagogischen Angebotes auch an den Lehrplänen der Schulen sowie an den inhaltlichen und thematischen Vorgaben des Landes und wenn ja, wie erfolgt diese Abstimmung?
2. Wie wird für den Besuch der Kultureinrichtungen der Stadt in den Schulen bzw. für Schulen und Schüler geworben (z.B. im Internet, durch Plakate für die Schulen, Informationsveranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer bzw. die Schulleitung)?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender



- V - über - I -

**Antwortentwurf zur Anfrage CDU-Fraktion
Stadtverordnetenversammlung Kassel
Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung**

- 1. Inwieweit orientieren sich die Kultureinrichtungen der Stadt bei der Gestaltung ihres museumspädagogischen Angebotes auch an den Lehrplänen der Schulen sowie an den inhaltlichen und thematischen Vorgaben des Landes und wenn ja, wie erfolgt die Abstimmung?**

Angebote für Schulen an städtischen Kulturinstitutionen

Das Aufgabengebiet der Museumspädagogik geht heute weit über reine Vermittlungsarbeit hinaus. Im Naturkundemuseum reichen ihre Aufgaben weit in die Öffentlichkeitsarbeit und Ausstellungsplanung. Die Veranstaltungen der Museumspädagogik haben in den letzten 15 Jahren zehntausende Besucher erreicht. Sie ist eine zentrale Stelle für die Vermittlung der Museumsinhalte und bietet authentische Begegnungen mit unseren naturkundlichen und kulturellen Schätzen.

Das Naturkundemuseum Kassel hält derzeit eine jährliche Besucherzahl von 90.000 bis 100.000 aufrecht. Pro Jahr finden etwa 900 bis 1000 pädagogisch begleitete Veranstaltungen statt.

Grundschule

Das museumspädagogische Angebot des Naturkundemuseums der Stadt Kassel wird von den Grundschulen der Region gut angenommen, über 50% der Schulklassen kommen von Grundschulen.

Da es im aktuellen Lehrplan für Grundschulen in Hessen nicht mehr um eng gesteckte Lernziele, sondern vor allem um den Erwerb von Schlüsselqualifikationen geht, hält die Museumspädagogik, in Anpassung daran, ein breit gefächertes Angebot vor. Dieses kann, je nach standortspezifischem, schuleigenem Profil, im vorbereitenden Einzelgespräch nach Wunsch verändert werden. Um im ständigen Kontakt mit den Lehrerinnen und Lehrern die

Führungs- und Workshop-Themen aktuell und attraktiv zu halten, finden für den Grundschulbereich regelmäßig Fortbildungen statt.

Der Plan für den (für das Naturkundemuseum in erster Linie relevanten) Sachunterricht benennt 12 Lernfelder, aus denen die jeweiligen Unterrichtsthemen auszuwählen sind. Es sind dies: Zusammenleben, Öffentliches Leben, Spielen und Freizeit, Arbeit, Technik, Raum, Zeit, Naturphänomene, Wasser, Pflanzen, Tiere und Körper. Sie sollen durch verschieden gestaltete Lernsituationen zu folgenden Qualifikationen führen: Mit anderen umgehen, Sich in Zeit und Raum orientieren, Beobachten, Vergleichen/ Unterscheiden/ Messen, Experimentieren/ Untersuchen/ Konstruieren, Probleme lösen und kritisch denken, Informationen sammeln, ordnen, weitergeben, Planen/ Projektieren erarbeitet werden.

Viele Bereiche berühren direkt oder indirekt die Inhalte des Naturkundemuseums. Daher bietet die Museumspädagogik für die Grundschulen ein breit gefächertes Themenangebot. Vor allem die Konzepte der verschiedenen Workshops mit einem hohen Praxis-Anteil sind auf die Grundschule zu geschneidert. Kinder lernen die Welt handelnd kennen und verstehen, und zwar unter Beteiligung aller Sinne und aller intellektuellen, psychischen und physischen Kräfte ("mit Kopf, Herz und Hand"). Im Handeln strukturiert sich das Denken ständig neu. Es vertieft, differenziert und korrigiert sich. Im Tun wird Erfahrung gewonnen, und aus dieser erwächst neues Tun: Das Kind lernt im Handeln, Sachverhalte zu entdecken, zu verstehen und zu beurteilen, die ihm beim ausschließlich passiv-rezeptiven Lernen womöglich fremd, aufgezwungen und unverständlich geblieben wären. Kinder brauchen möglichst häufig Gelegenheiten, vielfältige und mit allen Sinnen erfassbare Erscheinungsformen der Natur wahrzunehmen.

Nebenbei bemerkt: Im Lehrplan für Grundschulen in Hessen wird für naturbezogene Erfahrungen folgendes empfohlen: Besuche von Bauernhöfen, Zoologischen Gärten, Parks und Grünanlagen. Naturkundemuseen, obwohl meist sehr beliebt, werden nicht als Möglichkeit erwähnt.

Sek I

Auch für die Sekundarstufe I in Haupt- und Realschulen sowie für Gymnasien bieten sich verschiedene Verknüpfungen mit dem Naturkundemuseum an. Die angebotenen Führungs- und Workshop-Themen werden nicht nur für die Dauerausstellungen, sondern auch bei Sonderausstellungen an die Lerninhalte der Rahmenpläne angepasst. Sind in den Rahmenplänen explizit Besuche in Museen geplant, so ist dies ausdrücklich im Angebot gekennzeichnet.

Sek II

Im Rahmen der Dauerausstellung bedient die Museumspädagogik vor allem das Themengebiet „Evolution“. Bei Sonderausstellungen wird die Verbindung zum Lehrplaninhalt gesucht.

In Zusammenarbeit mit der Georg-Christoph-Lichtenberg-Schule, Kassel wurde zum Themengebiet „Evolution“ ein mehrtägiges Projekt entwickelt, dass mehrfach mit allen

Grund- und Leistungskursen der jeweiligen 13. Klassen durchgeführt wurde. Das Projekt ist beliebig auf weitere Schulen anwendbar.

Beteiligung Staatliches Schulamt

Für die Zusammenarbeit zwischen den Kasseler Museen und den Schulen sind vom Staatlichen Schulamt zwei Lehrerinnen beauftragt. ~~Beide sind als Sachverständige für Grundschulen, sowie als Sachverständige für die Grundschulstufe.~~ Beide nehmen an den regelmäßigen Treffen des Museumspädagogischen Rates der Kasseler Museen teil, nehmen die museumseigene Fortbildungen für Lehrpersonal in die Regionale Fortbildung auf, organisieren Grundschultage und nehmen an den vom Museumspädagogischen Rat organisierten Fortbildungen teil.

„Abenteuer Museum!“ - Kooperationspartnerschaften mit Grundschulen

Da die die Bewohner der Stadtteile mit hohem Zuwanderer-Anteil noch nicht so häufig unsere vielfältige Kasseler Museumswelt besuchen wurde von der Stadt Kassel das Projekt „Abenteuer Museum!“ ins Leben gerufen. Es setzt vor allem darauf, vor Ort schon im Grundschulalter Anreize und Konzepte für eine positivere Aufnahme der Kulturschätze zu entwerfen und durchzuführen. Jedes Jahr wird eine andere Grundschule Projektteilnehmerin. Im Jahr 2011 freuten sich Klassen der Losse-Schule über ein vielfältiges Programm in den Kasseler Museen, dieses Jahr ist die Grundschule Waldau Projektteilnehmerin. „Abenteuer Museum!“ wurde im September 2010 in das Hessische Landesprogramm "Modellregion Integration" aufgenommen.

Auch bei einem anderen Projekt, bei dem Studierende der Universität Kassel Schüler der Zielgruppe für ein Jahr betreuen, wird das Naturkundemuseum dauerhaft mitarbeiten.

- 2. Wie wird für den Besuch der Kultureinrichtungen der Stadt in den Schulen bzw. für Schulen und Schüler geworben (z.B. im Internet, durch Plakate für die Schulen, Informationsveranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer bzw. die Schulleitung)?**

Internet

Auf der Homepage des Naturkundemuseums www.naturkundemuseum-kassel.de besteht eine umfangreiche Abteilung über die vielgestaltigen Aktionen und Veranstaltungen im Naturkundemuseum. In diesem Bereich werden auch 31 Führungsangebote von Kindergarten bis Oberstufe, sowie 12 Workshop-Möglichkeiten plus ein Theaterangebot für Schulen präsentiert. Auf einer speziellen Lehrerseite wird auf die aktuellen Lehrerfortbildungen im Naturkundemuseum, Arbeitsblätter und Texte zum Download, die

ausleihbaren Fossilienkoffer, sowie die museumspädagogische Präparate-Sammlung hingewiesen.

Im Jahr 2011 besuchten 128.000 Benutzer unsere Internetseite.

Plakate / Programmhefte für die Schulen

Die meist etwa 40-seitigen Programmhefte mit allen relevanten Informationen über aktuelle museumspädagogische Veranstaltungen erscheinen jeweils Mitte und Ende des Jahres und werden in einer Auflage von jährlich 18.000 Stück gedruckt und verteilt.

Verteilung: Etwa 740 Programmhefte werden jeweils zusammen mit den aktuellen Din A3 Plakaten halbjährlich über folgende Verteiler an die Schulen und öffentlichen Einrichtungen der Region verteilt: Stadt Kassel, Landkreis Kassel, Staatliches Schulamt Kassel, Staatliches Schulamt Fritzlar, Staatliches Schulamt Bebra, Kreisausschuss des Landkreises Hersfeld-Rotenburg, Kreisausschuss Eschwege, Landkreis Göttingen, Stadt Göttingen, Medienzentrum Schwalm-Eder, Schulverwaltungsamt Stadt Warburg, Landkreis Waldeck-Frankenberg.

Lehrerfortbildungen im Naturkundemuseum

Die Museumspädagogik führt in regelmäßigem Turnus zertifizierte Lehrerfortbildungen in Zusammenarbeit mit der Regionalen Fortbildung des Staatlichen Schulamtes Kassel durch. Ein abwechslungsreiches Programm stellt die permanenten Dauerausstellungen, wie auch die etwa halbjährlich wechselnden, großen Sonderausstellungen vor. Neben Hintergrundinformationen sowie Arbeits- und Informationsmaterialien erhalten die Kolleginnen und Kollegen einen tieferen Einblick in die pädagogischen Konzepte der zur Ausstellung gehörigen Führungsthemen und Workshops. Auch Fortbildungen explizit für Schulleitungen hat es in der Vergangenheit bspw. in der Reinhardswaldschule gegeben.

Lehrerfortbildungen mit BIOLEKA

Seit 13 Jahren arbeitet die Museumspädagogik mit mittlerweile 18 regionalen Natur-Bildungsinstitutionen im Arbeitskreis BIOLEKA zusammen. Neue Konzepte und Erfahrungen stehen neben dem Bemühen um eine noch bessere Vermarktung unserer Angebote im Vordergrund. Die Mitglieder werben für alle Partnereinrichtungen und präsentieren sie auch bei Großveranstaltungen wie z.B. am Tag der Erde. Es werden gemeinsame Fortbildungen initiiert. In diesem Rahmen nimmt die Museumspädagogik an sogenannten Grundschultagen teilgenommen, an denen sich viele außerschulische Lernorte einem interessierten Lehrerkreis in Workshops vorstellen.

Lehrerfortbildungen bei Grundschultagen

In regelmäßigem Turnus werden in Stadt und Landkreis Kassel Grundschultage über das Staatliche Schulamt organisiert. Auch die Museumspädagogik präsentiert ihr Programm bei solchen Veranstaltungen. An einem Tag treffen sich die interessierten Lehrer, oft über hundert, in einer Grundschule in der dutzende Workshops zu einem bestimmten Themengebiet angeboten werden.

Zusammenarbeit mit der Uni Kassel

Über den Fachbereich Didaktik der Biologie, der mit Frau Dr. Claudia Wulff auch im Arbeitskreis BIOLEKA vertreten ist, finden Fortbildungen für die Pädagogen der beteiligten Institutionen statt.

Regelmäßig sind Studierende des Lehrerseminars eingeladen um auf unsere Ausstellungen und das pädagogische Konzept hinzuweisen, damit die angehenden Lehrerinnen und Lehrer schon vor einer Anstellung im Schuldienst das Museum als Lernort kennen lernen.

Museumspädagogischer Rat Kasseler Museen

Dieser Arbeitskreis der Kasseler Museumspädagogen vernetzt seit Jahren die pädagogischen und weiteren öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Museumswelt in Kassel. Aktuelle Ausstellungs- und Veranstaltungskonzepte werden gegenseitig präsentiert und gemeinsame Veranstaltungen und große Events geplant oder aufeinander abgestimmt. Der Museumspädagogische Rat veranstaltet gemeinsame Fortbildungen und veranstaltet eigene Grundschultage.

Lions-Club-Spenden für Schulklassen

Mit Spendengeldern für die Museumspädagogik konnten in den vergangenen Jahren finanziell weniger gut gestellte Klassen oder Gruppen zu Workshops eingeladen werden. Nach Absprache mit dem Jugendamt wurden vom Naturkundemuseum gezielt Schulen und Jugendgruppen angesprochen. Ein sehr erfolgreiches Projekt, für das die finanziellen Mittel zurzeit allerdings erschöpft sind.

In Vertretung


Carola Metz

Kassel, 10. Oktober 2012
Brüder-Grimm Museum
Herr Dr. Lauer
Tel: 0561-103235

 über -1-



**Antwortentwurf zur Anfrage CDU-Fraktion
Stadtverordnetenversammlung Kassel
Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung**

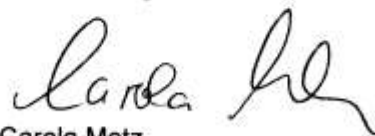
- 1. Inwieweit orientieren sich die Kultureinrichtungen der Stadt bei der Gestaltung ihres museumspädagogischen Angebotes auch an den Lehrplänen der Schulen sowie an den inhaltlichen und thematischen Vorgaben des Landes und wenn ja, wie erfolgt die Abstimmung?**

Das Brüder Grimm-Museum arbeitet schon seit vielen Jahren eng mit Schulen zusammen und unterstützt dabei immer wieder Projektwochen und bietet unregelmäßig Lehrerfortbildungen an. Auch bei unseren zahlreichen Führungen für Schulklassen durch das Museum orientieren wir uns an den inhaltlichen und thematischen Vorgaben der Schulen.

- 2. Wie wird für den Besuch der Kultureinrichtungen der Stadt in den Schulen bzw. für Schulen und Schüler geworben (z.B. im Internet, durch Plakate für die Schulen, Informationsveranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer bzw. die Schulleitung)?**

Schulen werden von uns gezielt angeschrieben, um sie über unser museumspädagogisches Programm in Kenntnis zu setzen. Des Weiteren werden Informationen über laufende und geplante Ausstellungen innerhalb der Schulen durch Programme und Plakate publik gemacht.

In Vertretung


Carola Metz



Kassel, 9. Oktober 2012
Stadtmuseum
Dr. Dörr
Tel. 1400


- über - I -

**Antwortentwurf zur Anfrage CDU-Fraktion Stadtverordnetenversammlung Kassel
Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung
Fragesteller: Stadtverordneter Marcus Leitschuh**

- 1. Inwieweit orientieren sich die Kultureinrichtungen der Stadt bei der Gestaltung ihres museumspädagogischen Angebotes auch an den Lehrplänen der Schulen sowie an den inhaltlichen und thematischen Vorgaben des Landes und wenn ja, wie erfolgt die Abstimmung?**

Antwort des Stadtmuseums:

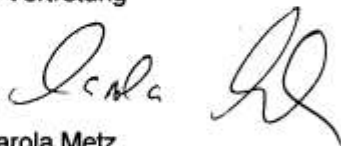
Die Museumspädagogik im Stadtmuseum steht permanent in Verbindung mit Lehrern, die selbst aktiv an museumspädagogischen Projekten beteiligt sind. Zudem finden regelmäßige Workshops für Lehrer statt, bei denen die Einbindung der jeweiligen Ausstellungsthemen in den Unterricht verschiedener Schulformen gemäß den inhaltlichen und thematischen Vorgaben des Landes Berücksichtigung findet. Auch die Terminierung von Sonderausstellungen wird nach Möglichkeit auf den lehrplanbedingten Jahresablauf der Schulen abgestimmt.

- 2. Wie wird für den Besuch der Kultureinrichtungen der Stadt in den Schulen bzw. für Schulen und Schüler geworben [...] ?**

Antwort des Stadtmuseums:

Das Stadtmuseum wirbt regelmäßig für seine schulisch relevanten Ausstellungsthemen, u.a. im Internet, mit Plakaten, Informations-Flyern, Informationsveranstaltungen (siehe 1), über die lokale Presse, über E-Mail- und Post-Verteiler für Lehrer der Fächer Geschichte, Politik, Wirtschaft, auch mit Informationen an die Schulleitungen.

In Vertretung



Carola Metz

Vorlage Nr. 101.17.621

Umbau der Betreuungslandschaft

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, beim Umbau der Betreuungslandschaft die Betreuung der Grundschul Kinder sukzessive von den Kindertagesstätten in die Grundschulen zu verlagern. In einer Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, um in Form von Ganztagsgrundschulen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicher zu stellen.

Begründung:

Eine Betreuung von Grundschulkindern am Schulstandort ist aus Bildungs- und Vereinbarkeitsgesichtspunkten sinnvoll. Auch aus Gründen der Schonung unserer Ressourcen ist dieses Vorgehen sinnvoll, da die freiwerdenden Räume so zur Umsetzung der Mindestverordnung nutzbar sind.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Dr. Martina van den Hövel-Hanemann

Uwe Frankenberger MdL
Fraktionsvorsitzender SPD

Gernot Rönz
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne

Vorlage Nr. 101.17.622

Kinderkultur Kassel/kulturelle Bildung

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, über die aktuelle Aktivitäten und Planungen im Bereich der Kinderkultur/kulturellen Bildung unter der Berücksichtigung der Zusammenarbeit mit Kasseler Schulen und Jugendeinrichtungen zu berichten.

Begründung:

Im Rahmen des demografischen Wandels gab es das Leuchtturmprojekt „kulturelle Bildung“. Die kulturelle Bildung hat kulturpolitisch wie bildungs- und sozialpolitisch eine besondere Bedeutung. Hierfür braucht es vernetzte Strukturen für eine kontinuierliche Arbeit in allen Trägerformen (Schulen, Kitas, Theater, Museen, freie Träger und spezielle Stadtteilstrukturen).

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Dorothee Köpp

Uwe Frankenberger MdL
Fraktionsvorsitzender SPD

Gernot Rönz
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne

Vorlage Nr. 101.17.633

Beitritt der Stadt Kassel zum Verein Bündnis für Bildung

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, einen Beitritt der Stadt Kassel zum Verein „Bündnis für Bildung e. V.“ (BfB) zu prüfen und den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung über das Prüfungsergebnis noch in diesem Schuljahr zu informieren. Verbunden damit ist eine Vorstellung der Nützlichkeit für die Stadt Kassel als Bildungsträger.

Begründung:

Der Einsatz neuer Medien und Technologien in den Düsseldorfer Bildungseinrichtungen ist weit fortgeschritten. Der Verein „Bündnis für Bildung e. V.“ (BfB) engagiert sich primär bei der Konzeption einer offenen, zugänglichen, technisch unterstützten länderübergreifenden Infrastruktur zur Schaffung IT-gestützter interoperabler Bildungsangebote. Dies geschieht u. a. durch die Zusammenarbeit mit den Kultusbehörden und Schulträgern einzelner Bundesländer.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.634

U3-Plätze im Haushalt 2013

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viel Euro werden im kommenden Haushaltsjahr lt. vorgelegtem Entwurf neu für U3-Plätze zur Verfügung gestellt (aufgeteilt nach Zuschüssen für freie Träger und städtische Einrichtungen)?
2. Können mit diesem Geld alle für das kommende Haushaltsjahr geplanten Neueinrichtungen/Umwandlungen von U3-Plätzen in städtischen Einrichtungen, z.B. die in der Antwort auf Anfrage 101.17.430 im Forstfeld vorgesehenen zwei Gruppen, realisiert werden oder werden bereits zugesagte Projekte der Stadt nicht mehr möglich?
3. Kann mit diesem Geld der Rechtsanspruch erfüllt werden?
4. Wenn nicht, wie viel Geld wäre dafür erforderlich und warum wurde es nicht in den Haushalt eingestellt?

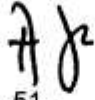
Fragesteller/-in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

An

-V-

über -51-



Anfrage im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Vorlage Nr.102.17.634

CDU Fraktion

Fragesteller: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

U 3 Plätze im Haushalt 2013

Fragen:

1. Wie viel Euro werden im kommenden Haushaltsjahr lt. Vorgelegtem Entwurf neu für U3-Platz zur Verfügung gestellt (aufgeteilt nach Zuschüssen für freie Träger und städtische Einrichtungen)?
2. Können mit diesem Geld alle geplanten Neueinrichtungen/ Umwandlungen von U3-Plätzen in städtischen Einrichtungen, z. B. die in der Antwort auf Anfrage 101.17.430 im Forstfeld vorgesehenen zwei Gruppen, realisiert werden oder werden bereits zugesagte Projekte der Stadt Kassel nicht mehr möglich ?
3. Kann mit diesem Geld der Rechtsanspruch erfüllt werden?
4. Wenn nicht wie viel Geld wäre dafür erforderlich und warum wurde es nicht in den Haushalt eingestellt?

Antworten:

Zu 1.

- Freie Träger
22 neue Gruppen u 3
5 neue Gruppen Grundschulkindbetreuung
Betriebskostenzuschüsse für 5/12ca. 650.000 €
- Städtische Einrichtungen
6 neue Gruppen u3
2 neue Gruppen Hort
6 neue Stellen (lt. Stellenplan)*
Personalkosten für 5/12 ca. 135.000 €
Sachkosten (Verpflegung pp.) ca. 100.000 €

Die gewünschten Zahlen wurden dem Haushaltsplan Seite 347 – 349 entnommen

* Es stehen noch 13 Stellen aus 2012 im Überhang zur Verfügung.

Zu 2.

Für die 2013 geplanten Eröffnungen/ Umwandlungen von u 3 Gruppen in Kitas sind entsprechende Mittel für Betriebskosten und Investitionskosten für den Haushalt 2013 angemeldet. Dazu gehören auch die Umbaukosten für die Einrichtung von Krippenplätzen in den Kita Forstbachweg.

Zu 3.

Mit der oben aufgeführten Ausbauplanung und einer Erweiterung der Tagespflege werden wir das 35% Ziel erreichen. Da es sich jedoch ab 2013 um einen individuellen Rechtsanspruch handelt, ist ein Platzausbau nach geschätzten Prozentzahlen(35%) keine verlässliche Zielmarke mehr. Ein genauerer Bedarf wird sich aus weiteren Faktoren wie z.B. der Berufstätigkeit der Eltern oder einer Inanspruchnahme eines zukünftigen Betreuungsgeldes ergeben und kann auch höher liegen. Zudem ist es möglich, dass der Bedarf in einzelnen Stadtteilen stark differiert. Die aktuellen Erfahrungen weisen zudem ein hohes Maß an Fluktuation bei der Anmeldung und der Belegung der Krippengruppen aus. Wie viele Plätze letztendlich notwendig sind, um den Rechtsanspruch zu erfüllen, wird sich erst dann zeigen, wenn er eintritt. Daher ist es notwendig, möglichst vielfältige und flexible Möglichkeiten für Ausbau sowie Bedarfsanpassung im Kitabereich zu eröffnen.

Zu 4.

Siehe Stellungnahme zu 3.